

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 22

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

Das Memorandum von 54 sowjetischen Intellektuellen an die UNO («ZB» Nr. 16), das auf Umwegen an die Menschenrechtskommission der Weltorganisation gelangte, führt mit eindringlichen Beispielen vor Augen, wie die Freiheit, eine eigene Überzeugung zu haben und zu vertreten, in der Sowjetunion stark beeinträchtigt ist. Schriftsteller und Journalisten, die sich früher gegen das System auflehnten, wurden von Stalin unerbittlich zum Schweigen gebracht. Die nachstalinistische Methode ist zwar weniger brutal, aber keineswegs unwirksam. Ihre übliche Weise ist Zermürbung der moralischen Kräfte durch Verhöre und ausgedehnte Untersuchungshaft, der geistigen Kräfte durch das Irrenhaus, der körperlichen Kräfte durch Strafärbeitslager. Der Schriftsteller Anatolij Kusnezow, der am 28. Juli in London um Asylrecht bat, hat glaubwürdig gezeigt, dass in der Sowjetunion die Geheimpolizei die Grenzen des geistigen Schaffens weitgehend bestimmt.

Seine Aussagen wurden im Osten und sogar im Westen in Zweifel gezogen. Der nun in der UNO bekannt gewordene Protest bietet in dieser Hinsicht kaum Anhaltspunkte für Verleumdungen. Die mehr als fünfzig Unterzeichner sind bekannte Persönlichkeiten. Sie leben in der Sowjetunion. Sie riskierten mit der Abfassung und Unterzeichnung des erschütternden Dokuments alles, was ein Mensch überhaupt riskieren kann: die persönliche Freiheit und schliesslich auch das Leben. Ihre Worte bezeugen die unerhörte Verschärfung des kulturpolitischen Klimas in der Sowjetunion. Sie weisen auf die Tatsache hin, dass die Versicherung offizieller Stellen «Wir verfolgen niemanden wegen seiner Überzeugung», in völligem Gegensatz zur Wirklichkeit stehen. Gerade wegen ihrer Überzeugung werden Intellektuelle vor Gericht gestellt und verurteilt. Die in den politischen Prozessen der letzten Jahre erhobenen Anklagen lauten auf Verleumdung des Sowjetstaates und des gesellschaftlichen Systems der UdSSR mit oder ohne Absicht, das Regime zu stürzen. Keiner der Verurteilten hatte die Absicht, das Sowjetsystem zu stürzen. Sogar Daniel und Sinjawsch sagten in ihrer Verteidigungsrede vor

Gericht, sie seien für den Kommunismus. Alle Urteile basieren deshalb auf fingierten Anklagen.

Das Schriftstück aus der Sowjetunion nennt nicht weniger als dreizehn Schauprozesse aus der jüngsten Vergangenheit, die ausschliesslich politischen Zwecken dienten und Meinungsdelikte aburteilten. In diesen Prozessen sind viele Hunderte Strafurteile verhängt worden:

- das Strafverfahren gegen Sinjawsch und Daniel, wegen Veröffentlichung kritischer Werke über die Sowjetunion;
- das Strafverfahren gegen Ginsburg und Galanskow, wegen Veröffentlichung eines «Weissbuches» über den Sinjawsch/Daniel-Prozess und der illegalen Literaturzeitschrift «Phönix»;
- das Strafverfahren gegen Kaustow und Bukowski, wegen Demonstration gegen die Verhaftung von Ginsburg und Galanskow;
- das gerichtliche Verfahren gegen Litwinow, Larissa Daniel und andere, wegen Protests gegen die Besetzung der CSSR;
- das Verfahren gegen Martschenko, wegen Verletzung der Ausreisbestimmungen — die aber vor Gericht nicht nachgewiesen werden konnte —, in Wirklichkeit wegen seines nach dem Ausland geschmuggelten Werkes «Meine Aussagen», das die Zustände in einem Gefängnis schildert;
- das Verfahren gegen I. Belgorodskaja, die zur Verteidigung von Martschenko Briefe verfasste und sie zu verteilen versuchte;
- der Prozess in Leningrad gegen Gendler, Krawtschewskij und andere, wegen Verbreitung ausländischer Werke verurteilt;
- die Verfahren in der Ukraine: Strafprozess in Kiew im Jahre 1966, wo mehr als zehn Personen verurteilt wurden; Prozess gegen Tschornowil in Lemberg, der wegen seines Buches über die politischen Prozesse bestraft wurde, und andere mehr;
- die Prozesse gegen die Krim-Tataren, die die Heimkehr in ihre Heimat verlangten; in den vergangenen Jahren hat es mehr als zwanzig

politische Verfahren und über hundert Urteile gegeben; zunächst wurden zehn Krim-Tataren in Taschkent wegen ähnlicher «Verbrechen» vor Gericht gestellt;

- die Gerichtsverfahren in den baltischen Sowjetrepubliken, vor allem gegen Kalnintsch und seine Mitangeklagten;
- die Prozesse gegen sowjetische Juden, die nach Israel reisen wollten; während des letzten Prozesses in Kiew wurde Ingenieur B. Koschubiewskij zu drei Jahren Kerker verurteilt;
- die Prozesse gegen Gläubige, die das Recht auf Religionsfreiheit verlangten. Alle diese Verfahren sind nach der Ansicht der Verfasser des Memorandums an die UNO illegal und stellen eine flagrante Verletzung der Normen des sowjetischen Strafprozesses dar, vor allem des Prinzips der Öffentlichkeit der Verhandlungen und der Unparteilichkeit der richterlichen Untersuchung.

Das Memorandum sowie die Erklärungen von Kusnezow vermitteln ein authentisches Bild von der Gedankenkontrolle im Sowjetreich: eine Tatsache, die brutaler und furchtbarer ist, als man bisher im allgemeinen angenommen hatte. Es spricht von der Verdammung aller, die einem neuen Gedanken Ausdruck verleihen wollen.

Aus diesen Dokumenten entsteht eine klare Vorstellung dessen, was es offiziell in der Sowjetunion angeblich nicht gibt: der Zensur und der Kontrolle durch die sowjetische Geheimpolizei über das ganze literarische Leben. Alle Wege führen dabei zur Glawlit, zur Hauptverwaltung für Schrifttum, die für den einzigen Zweck von der KPdSU geschaffen wurde, im Interesse von Partei und Staat die öffentliche Meinung weitgehend zu manipulieren, zu kontrollieren und zu zügeln. Sie setzt ein raffiniertes System zur Überwachung der Zeitungen und Redaktoren sowie des gedruckten Wortes ein. Für die heutigen Methoden gab es bis jetzt keine zuverlässigen Informationsquellen; ungeklärt blieben der Apparat und auch die Zen-

## Kommunistische Familienplanung

(Fortsetzung von Seite 7)

ome werden in beschränktem Mass von den staatlichen Handelsfirmen für den Verkauf freigegeben. Nicolae Ceausescu ist fest entschlossen, die natürliche Zuwachsrate der Bevölkerung Rumäniens mit drastischen Massnahmen in die Höhe zu treiben.

Die Abtreibung als eine allgemeine Methode der Familienplanung, abgesehen von den moralischen Seiten dieses Problems, ist heute so veraltet und barbarisch, wie wenn gegen Zahnschmerzen noch immer der Schmied mit seiner glühenden Zange als einzige Alternative dastünde. Es ist ein Anachronismus, dass in den sozialistischen Staaten die Übereinstimmung mit dem jeweiligen Parteiars für oder wider die Abtreibung Stellung genommen wird. Noch schlimmer aber ist der Umstand, dass diese Art von Dirigismus mit plötzli-

chen Kehrtwendungen die eigenen Staatsbürger moralisch und pragmatisch in eine unmögliche Lage bringt: was heute gut und billig ist, wird morgen mit 3- bis 5-jährigen Gefängnisstrafen geahndet.

Es ist keine Anekdote, sondern ein authentischer Fall, bei dem ich unlängst Zeuge war. Ein rumänischer Tourist, 48 Jahre alt, Vater von zwei Kindern, erkundigte sich bei einem deutschen Arzt nach Empfängnisverhütungsmitteln. Zur Pille sagte er folgendes: «Ich wage sie nicht mit mir zu nehmen, denn ich kenne nicht den gegenwärtigen Standpunkt der Partei dazu. Wenn meine Frau abtreiben liesse, könnte ich als Mitwisser zu drei Jahren Gefängnis verurteilt werden. Es kann sein, dass dieselbe Strafe mich erwartet, wenn ich meiner Frau Pillen verabreiche...»

Das Problem der Familienplanung ist eines der ungelösten Probleme der sozialistischen Gesellschaft. Zugegeben: in aller Welt ist es ein Pro-

blem, an dessen Lösung noch viel zu ändern, verbessern und modernisieren ist. Aber die Widersprüche, die wir nur ganz kurz skizzieren konnten, die Ungereimtheiten und Kontroversen, die aus dieser Sicht den Staatsbürgern mancher Volksdemokratien aufgebürdet werden, sind beispieldlos.

In der westlichen Welt führte die Stellungnahme des Papstes zur Pille zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen. Aber vor einer Zuchthausstrafe hat sich niemand zu fürchten.

Mediziner und Pädagogen der südosteuropäischen Staaten setzen sich leidenschaftlich für eine fortschrittliche Sexualaufklärung ein, wenn schon nicht für die heranwachsende Jugend, so doch mindestens, als ersten Schritt, für die verheirateten Frauen. Es bleibt zu erhoffen, dass sie sich durchsetzen werden und die Familienplanung auch in jenen Staaten auf ein zeitgemässes Niveau gebracht wird.

Schluss

surmethoden selbst, durch die Presse und Literatur gelenkt wurden.

Aus Kusnezows Darlegungen geht besonders die Arbeitsweise dieses komplizierten Systems klar hervor. Der Redaktor untersteht direkt der Glawlit und diese wiederum der ideologischen Abteilung der Partei. Die Zensur erhält ihre Weisungen vom Zentralkomitee der Partei. Für die Loyalität aller Beteiligten sorgt der KGB (Komitee für Staatssicherheit, d. h. Geheimdienst). Die Zensur muss auf die Bewahrung von Staatsgeheimnissen achten und hat sogar das Recht, sich in rein künstlerische Fragen einzumischen. Die Redaktoren und Lektoren sind erfahrene Experten auf ihrem Gebiet. Sie kennen die Absichten der Zensur genau und wissen, was man machen kann und was nicht. Für die Anpassung literarischer Texte an die Parteilinie sorgt der Lektor des jeweiligen Verlages oder der Redaktor eines Presseorgans. Die Beamten der Glawlit treten nie in Erscheinung.

Diese mysteriösen Gnomen haben jedoch überall Einfluss. Ihr Stempel ist das geistige Kennzeichen der neuen Ära.

Das Netz der Geheimpolizei umfasst die Literatur, ebenso wie alle Bereiche des Sowjetlebens. Die Agenten sorgen auch dafür, dass das zu zensurierende Material nicht zu sehr überhandnehme. Das ist die präventive Zensur.

Wer offen die Mitarbeit beim KGB ablehnt, verliert zugleich alle Aufstiegschancen. Literaten dürfen nur dann nach dem Ausland reisen, wenn sie niemals Opposition bekundet haben, niemals einen Psychiater aufsuchen mussten und niemals vor Gericht gestanden haben. In jeder Delegation nach dem Ausland muss ein Spitzel des KGB mitfahren.

Eine Reihe von neuen Verhaftungen deutet darauf, dass die Führer der KPdSU beschlossen haben, der Tätigkeit von Personen, die sich gegen diese Willkür erheben, ein für allemal ein Ende zu setzen.

Der enge Raum des sowjetischen geistigen Schaffens wird weitgehend vom Schatten des KGB begrenzt. Man wird Konformist wie Leonid Leonow oder Nobelpreisträger Michail Scholochow, der zusammen mit seinen Freunden den Begriff des «literarischen Landesverrats» erfand.

Kusnezow vertrat sogar die Ansicht, dass kein einziger Schriftsteller die Stalin-Ära überleben konnte, ohne irgendeine Gemeinheit begangen zu haben. Aufrichtige Autoren sind entweder umgekommen oder hatten im Gefängnis gesessen. Wenn ein Autor nie verhaftet wurde, so hatte er in irgendeiner Form mit der Geheimpolizei zusammengearbeitet.

Die meisten resignieren, begeben sich in die innere Emigration. Wie ein osteuropäischer Intellektueller erklärte: «Wir werden mit allen unseren Leiden so lange weiterleben müssen, bis die Sowjetunion sich von diesem Schmutz befreien wird — dann werden wir auch unseren eigenen Dreck loswerden.» *Michael Cszimas*

## Warum er nicht heimkehrte...

(Fortsetzung von Seite 5)

ihm und anderen Freunden unter westlichen Diplomaten «gewisse» Informationen zu besorgen. Selbstverständlich wäre mein Auftrag ein «Staatsgeheimnis» gewesen, sie verboten mir, darüber auch nur meiner Frau etwas zu erzählen. Unnötig zu sagen, dass meine Frau alles sofort erfuhr... Wir haben dann beschlossen, dass ich eher im Zenit meiner Schauspielerlaufbahn den Schritt ins Ungewisse wagen sollte, als die mir zugewiesene Aufgabe zu übernehmen. Am nächsten Tag habe ich der Spionageabwehr die Mitteilung gemacht, dass ich die Arbeit übernehme, vorerst aber mich ein bisschen erholen wolle. So durften wir nach dem Ausland reisen.

Mein Entschluss ist mir nicht leicht gefallen. Es war für mich klar, was es für einen Schauspieler heissen musste, nicht mehr in der Gemeinschaft zu leben, wo er in seiner Muttersprache künstlerisch wirken kann. Aber der Krug war nun bis zum Ueberfließen voll. Man hat mich vor die Wahl gestellt: entweder «aus dem Verkehr gezogen» zu werden, oder sehr aktiv mitzuwirken, wobei Dutzende Menschen «ausgehoben» und zum Verschwinden gebracht werden sollten und meine Hilfe und die Informationen meiner Freunde unter den Diplomaten eine wichtige Rolle gespielt hätten, Informationen, die ich von ihnen holen sollte und die ich bestimmt auch erhalten hätte.

Ausserhalb jeder Phrase: ich konnte dies mit meinem Anstand nicht vereinbaren; deshalb habe ich beschlossen, nicht mehr in einer Gesellschaft zu leben, wo die Organe der Spionageabwehr ungestraft das Leben von Hunderttausenden sauer machen können, wo Menschen gegen Menschen ausgespielt werden.

Ich wiederhole es noch einmal: es war ein schwerer und schmerzvoller Schritt für mich, denn, wie gesagt, das Volk hat mich und meinen Namen dort gekannt. Und jedes Mal, wenn mein Name wieder einmal nicht unter den Preisträgern und Dekorierten erschien, habe ich von Hunderten einfacher Menschen Gratulationen erhalten...

Das ist meine Antwort — eine trockene Aufzählung von Tatsachen — auf den Artikel in der «Nepszabadsag».

*Miklos Szakats*

## Briefe

In Ihrer Zeitschrift wird China im Artikel «20 Jahre Rotchina — Bild der Schwäche» bewertet. Diese Bewertung schliesst — der Titel deutet schon darauf hin — mit der Folgerung, dass das heutige China schwach sei und die gesamte Periode der letzten 20 Jahre Rotchinas mit einem Misserfolg endete.

Diese Feststellung des Artikels basiert auf den bekannten Tatsachen: die Provinzen werden von Unruhen heimgesucht, nach der Kulturrevolution von 1966/67 ist die Entwicklung zurückgefallen, und in seiner Konfrontation mit der UdSSR ist China in die Defensive gedrängt worden. Aus einer Summierung dieser Tatsachen wurde das Fazit der Schwäche Chinas gezogen. Wenn auch diese Feststellung auf Tatsachen beruht, scheint mir dennoch, dass sie einseitig ist, da sie nicht alle Tatsachen in Betracht zieht. Es gibt nämlich neben den erwähnten negativen Feststellungen auch andere, die Rotchina für sich positiv bewerten kann.

Vor allem zählt die Tatsache, dass es gelang, das riesige China wieder zu vereinen und selbstständig zu machen, was gegenüber dem früheren halbkolonialen Zustand und der ständigen Einmischung fremder Mächte sicher einen grossen Fortschritt bedeutet.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde trotz allen misslungenen Experimenten — Volkskommunen, «grosser Sprung», Kulturrevolution — die Industrialisierung und Modernisierung vorangetrieben. Dies beweisen die Messen in Kanton und der Umstand, dass China nunmehr im Besitze der Atomwaffe ist.

Auch muss berücksichtigt werden, dass China trotz seinen über 700 Millionen Einwohnern sich im wesentlichen selbst ernährt. Grosse Hungersnöte gibt es nicht mehr, sie wurden mit allgemeinen Massnahmen überwunden. Dabei ist China das einzige Entwicklungsland, das keine Entwicklungshilfe erhält, da die sowjetische Wirtschaftshilfe 1960 gestoppt wurde. Positiv muss auch der Umstand bewertet werden, dass die sozia-

len Unterschiede, die früher in China besonders gross waren, weitgehend ausgeglichen oder wenigstens gemässigt wurden.

Es kann auch nicht geleugnet werden, dass China innert 20 Jahren eine Grossmacht wurde, die dritte Weltmacht nach den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es steht über allem Zweifel, dass die Vereinigten Staaten den vietnamesischen Krieg nur wegen China nicht zum vollen Sieg führen konnten. Mit der Besetzung Nordvietnams, die militärisch keine grosse Anstrengung gekostet hätte, wäre der vietnamesische Krieg beendet. Die Vereinigten Staaten konnten sich dazu nur mit Rücksicht auf China, und keinesfalls auf die UdSSR, nicht entschliessen. Hier wirkte sich Chinas Grossmachtstellung, seine potentielle Kraft aus.

Es ist zwar wahr, dass Rotchina heute mit grossen innen- und aussenpolitischen sowie auch wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpft, die manchmal zu wahren Krisen auszuarten drohen. Aber bedeuten Schwierigkeiten eines Staates unbedingt eine Schwäche? Auch die Sowjetunion befindet sich jetzt in der Lage eines verschärften Kampfes auf Grund ihrer Schwierigkeiten. Aber kann man daraus ein Bild der Schwäche malen? Auch in der zweiten Supermacht, den USA verhält es sich nicht anders. Die Regierung in der USA hat ebenfalls grosse Schwierigkeiten zu bekämpfen, und doch kann man daraus kein Fazit der Schwäche ziehen.

Wenn sich die freie Welt der ihr drohender kommunistischen Staaten erwehren und sie bekämpfen will, muss sie vor allem die wahre Kraft der Gegner kennen. Dazu gehört die Kenntnis nicht nur der Schwächen, sondern auch der Kräfte. Ein einseitiges Hervorheben ihrer Schwäche ohne gleichzeitigen Hinweis auf ihre Stärke könnte zu Illusionen führen, die sich im Kampf zwischen der freien Welt und den kommunistischen Diktaturen verhängnisvoll auswirken müssten.

*M. A., Bern*